

**Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)**

Christ*innen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

BundesgeschäftsstellePlatz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin**Homepage**<https://gruene-bag-christinnen.de>**Mail**info.bag.christinnen@mailing.gruene.de**Sprecher*innen (ViSdP)**Alexandra Abresch-Cäsar
Erdmute Scheufele
Markus Heimbach
Dr. Andreas Obermann

Berlin, den 24. August 2025

Stellungnahme
der Bundesarbeitsgemeinschaft Christ*innen von
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
zur Eskalation im Gaza-Krieg¹

Der brutale und hinterhältige Terrorangriff der Hamas auf mehrheitlich israelische Bürger*innen und Menschen anderer Nationalitäten am 7. Oktober 2023 ist – nicht nur völkerrechtlich – auf das Schärfste zu verurteilen und ist uneingeschränkt als Grund der folgenden Vergeltungsschläge Israels bzw. des folgenden Krieges zu werten. Es ist wieder und wieder in Erinnerung zu rufen: Israel hat ein bleibendes Recht – unter Wahrung völkerrechtlicher Vorgaben – sich zu verteidigen, die Bürger*innen seines Landes zu verteidigen und die als Geiseln verschleppten Bürger*innen durch Verhandlungen oder angemessenen Gewalteinsatz zu befreien zu suchen. Aus Sicht des 7. Oktobers 2023 gibt es eine klare und eindeutige Opfer-Täter Zuweisung: Vor allem israelische Zivilist*innen und damit unmittelbar Bürger*innen Israels sind als Opfer der Terrororganisation Hamas anzusehen. Im Blick auf das von der Hamas abgesprochene Existenzrecht des Staates Israels versucht die Bundesrepublik Deutschland ihrer durch die deutsche Schuld am Holocaust entstandenen historischen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie die Existenz des Staates Israel immer wieder

¹ Die Stellungnahme wurde vom Sprecher*innenkreis / Koordinierungskreis der BAG Christ*innen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erstellt und auf der Herbsttagung am 11. Oktober 2025 in Berlin von der Bundesarbeitsgemeinschaft Christ*innen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft mit großer Mehrheit beschlossen.

bejaht und das Selbstverteidigungsrecht in obiger Voraussetzung unterstützt. Kanzlerin Merkel hat für diese Willenserklärung Deutschlands den Begriff der deutschen Staatsräson geprägt.

Mittlerweile hat sich in dem mehr als 24 Monate andauernden Konflikt die Täter-Opfer-Zuweisung insofern verkompliziert, als dass nach Auffassung auch vieler israelischer Bürger*innen mittlerweile die Geiseln auch zu Opfern der israelischen Vernichtungspolitik gegenüber der Hamas geworden sind, da die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung erfolgreiche Verhandlungen mit der Hamas fast ausschließt.

Auf der anderen Seite werden palästinensische Zivilist*innen durch die Hamas als Schutzschilde missbraucht und somit auch zu Opfern der Terrororganisation Hamas (gleichlautende Vorwürfe gegenüber dem israelischen Militär gilt es vorbehaltlos zu prüfen und gegebenenfalls als völkerrechtlich illegitim anzuzeigen). Während sich die Täterrolle der Hamas damit verstärkt, gerät auch Israel durch seine verbale und militärische Aggressionssteigerung sowie die immer mehr dem Kriegsrecht widersprechende Behandlung der palästinensischen Zivilbevölkerung sowohl im Gazastreifen als auch in den besetzten Gebieten der Westbank ins Kreuzfeuer der Kritik. Aktuell ist die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen durch Aktionen des Staates Israel, die völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen sind, von einer Hungerkatastrophe bedroht.

Wir sehen mit großer Sorge, dass mit jedem weiteren Kriegstag und mit jeder Steigerung der Gewaltspirale die Menschen auf beiden Seiten – und insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die bald eine Welt ohne Krieg und Terror gar nicht mehr kennen – in einer Weise so nachhaltig traumatisiert werden, dass mit jedem Tag die Chance auf ein Leben in versöhnter Koexistenz schwindet und alle Versöhnungs- und Befriedigungsbemühungen immer schwieriger werden.

Angesichts dieser „zum Himmel schreienden“ Lage der Opfer auf allen Seiten möchten wir als BAG Christ*innen im Rahmen unseres politischen Selbstverständnisses als Grüne erklären:

- 1 Als Christ*innen wissen wir uns dem Judentum als dem Mutterboden der christlichen Religionsfamilie menschlich, religiös und theologisch zutiefst verbunden. Aus dieser Verbundenheit heraus sind wir sprachlos und bestürzt über den anfänglichen und andauernden Terror der Hamas.
- 2 Zugleich sind wir aber auch darüber bestürzt, dass und wie die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung unbarmherzig den Tod der palästinensischen Zivilbevölkerung in Kauf nimmt zugunsten einer rechtsnationalistischen Politik.
- 3 Wir wissen uns verbunden mit den Christ*innen der einheimischen palästinensischen Kirchen unterschiedlicher Denominationen, deren Lage selbst in vielerlei Hinsicht durch eine mehrfache Minderheitensituation geprägt ist: So sind z.B. die Christ*innen der „Evangelischen Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land“ eine kleine Minderheit in der weltweiten Christenheit und sie sind es zugleich als Christ*innen unter den Palästinenser*innen, wodurch ihre Stimme kaum Gehör findet und sie in öffentlichen Diskursen kaum eine Rolle spielen. In ökumenischer Verantwortung braucht es eine neue Sensibilität für die Wahrnehmung der Vielfalt aller religiöser Traditionen in Palästina / Gaza und der Durchsetzung ihrer Interessen.
- 4 Die Christ*innen im Gazastreifen wahrnehmend nehmen wir allerdings mit Blick auf die christlichen Gemeinden in der Westbank auch deutlich wahr, dass sich dort ebenfalls die

Agitationen gegen die palästinensische Bevölkerung mehren, vor allem ausgeführt von rechtsnational-militanten Siedler*innen mit Rückendeckung durch rechtsnationale israelische Politiker.

- 5 Der Israel-Palästina-Konflikt ist primär kein religiöser Konflikt, aber ohne die Vielfalt der in den Konflikt involvierten religiösen Gruppierungen, die religiösen Interpretamente des Konflikts sowie seine politisch-religiösen Verstrickungen ist der Konflikt in seiner Entstehung sowie seinen Ausprägungen kaum angemessen zu verstehen.
- 6 Bürger*innen des Staates Israel sind nicht nur Angehörige jüdischer Glaubensstraditionen, sondern zu ihnen gehören auch Christ*innen, Muslim*innen, Drusen, Angehörige der Bahai und Menschen mit anderen religiösen Bindungen. Gleichmaßen sind Palästinenser*innen von ihrer Geschichte her nicht einfach mit Araber*innen gleichzusetzen. Ebenso zählen sich zu Palästinenser*innen Menschen mit Zugehörigkeiten zu unterschiedlichen Religionsgemeinschaften (vornehmlich zum Islam und zum Christentum). Die ethnische und religiöse Vielfalt verbietet es, die betreffenden Gesellschaften als uniforme Einheiten anzusehen. Die religiöse Vielfalt der Gesellschaften bedarf einer differenzierteren Wahrnehmung und Problemerschließung.
- 7 Gleichmaßen gilt es im öffentlichen Diskurs darauf zu achten, dass der Israel-Palästina-Konflikt nicht missbraucht wird für antisemitische und / oder islamfeindliche Instrumentalisierungen.
- 8 Zur Situation bei uns in Deutschland: Angesichts des – durch den Gazakonflikt mit geschürten – starken Aufflammens von antisemitischer Polemik und Übergriffen gegenüber jüdischen Bürger*innen und jüdischen Einrichtungen wie auch angesichts des Aufkommens islamfeindlicher Parolen und Agitationen gegenüber muslimischen Bürger*innen und muslimischen Einrichtungen fordern wir eine deutliche Differenzierung: Weder der Staat Israel und seine Politik noch die Gesinnung der Hamas und deren Terror stehen für eine Religion. Der Staat Israel repräsentiert nicht einfach das Judentum, die Hamas nicht den Islam. Umgekehrt gehört unsere volle Solidarität allen jüdischen Menschen wie auch allen Muslim*innen in unserem Land, die gegenwärtig für die Geschehnisse in Israel und Palästina in (Mit-)Haftung genommen werden.
- 9 Wo um der politischen Vorteilsnahme Religion(en) instrumentalisiert und missbraucht werden, ist diese Missinterpretation von Religion mit aufklärerischer Intention deutlich im gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu benennen.
- 10 Angesichts der komplizierten Lage im Gaza-Konflikt sehen wir es als Verantwortung aller Religionsgemeinschaften vor Ort und vor allem der Kirchen in unserem (bundesdeutschen) Einflussbereich an, auf eine Verständigung der gesellschaftlichen Gruppen durch interreligiöse Dialoge hinzuwirken.
- 11 Religionen bewahrheiten sich nicht in dogmatischen Systemen, sondern in der praktischen Stärkung von Menschen zum Empowerment für ein Zusammenleben in friedlicher und von Solidarität geprägter Koexistenz. In diesem Sinne erachten wir die Menschenrechte in ihrer individuellen und kollektiven Form als politische Ausformung (Gestaltwerdung) des Grundanliegens der Religionen – nämlich der Idee von und dem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit.

Bündnisgrüne Politik muss deshalb aus unserer Sicht die folgenden Ziele verfolgen:

- 1 Die umfassende Wahrung und Durchsetzung der individuellen und kollektiven Menschenrechte für die israelischen Geiseln in den Händen der Hamas, für die als Schutzschilde missbrauchten Zivilisten im Gazastreifen sowie für die unter der israelischen Kriegsführung leidende palästinensische Zivilbevölkerung. Hierzu gehört zu aller erst die Freilassung aller noch verschleppten Geiseln durch die Hamas, sodann als wechselseitige Folge die Einstellung aller israelischen Gewaltanwendung gegenüber der Hamas und der palästinensischen Zivilbevölkerung und im Fortgang konstruktive Gespräche über eine staatsrechtlich verbindliche Form der Koexistenz aller Bewohner*innen in den Grenzen des Staates Israel und der Autonomiegebiete (Westbank) auf Grundlage der Oslo-Gespräche,
- 2 die konsequente Fortführung von politischen Gesprächen mit dem Ziel, den Gaza-Konflikt zu beenden und allen Opfern ihr Recht auf Wohnung, Zugang zu Wasser und Nahrung sowie freie Meinungsäußerung zukommen zu lassen;
- 3 alle humanitären Maßnahmen fortzusetzen und zu verstärken sowie alle Vorwürfe sexueller Gewalt auf allen Seiten anzuzeigen und vorbehaltlos aufzuklären;
- 4 die religiöse Tiefenstruktur aller Religionen und deren Friedenspotentiale als Basis für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben in Erinnerung zu rufen und kreativ in politische und gesellschaftliche Diskurse einzubringen;
- 5 die Religionsgemeinschaften vor Ort zu ermuntern und sie ökumenisch umfänglich darin zu unterstützen, dass sie ihre jeweiligen Kontakte und Einflüsse vor Ort nutzen können, um auf eine friedliche Verständigung der gesellschaftlichen Gruppen hinzuwirken.

Zuletzt: Wir sind uns sehr bewusst, dass wir als Sprecher*innen und Kooptierte der BAG Christ*innen auch keine Lösung, ja noch nicht einmal einen Lösungsansatz für den Nahostkonflikt bieten können. Zugleich sind wir aber zutiefst davon überzeugt, dass die gebündelte Expertise der BAG Christ*innen (im Prozess ihrer interreligiösen Weitung) wichtige Anregungen und Anstöße für den innerparteilichen Diskurs bieten kann. In diesem Sinne wollen wir unsere Überlegungen verstanden wissen: als Einladung zu einem erweiterten Diskurs mit der Hoffnung auf kleine Schritte hin zu einer gerechteren und friedlicheren Welt für alle Menschen in ihrer jeweiligen Vielfalt und Singularität.